

Der Hefen monatlich bei zweimaliger Auslieferung 60 Mark, vierteljährlich 1,60 Mark, durch die Post 60 Mark einschließlich Zustellungsgebühren. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsdienst unter Angabe der Zeitung eingetragener. Für unentgeltlich eingelegene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. 'Sozial-Zeitung' geleitet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 n. 1418, der Bezug-Abt. Nr. 1133; Postfach-Adress Leipzig Nr. 4600.

# Sozial-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werden 8. Belegblatt, 34 mm bre. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in anderen Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 20 mm bre. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen Annahmestellen 100 Pf. 11 Uhr, für die Sonntag-Beit. 60 Pf. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleitung u. Satz- u. Druckerei: Soz. Neue Promenade 13, G. Braunhauer, 17. Neben-Geschäftsteil: Markt 24 und Große Kirchstr. 52.

Nr. 441.

Halle, Sonnabend, den 20. September.

1919.

## Der Schluß des Geiseldramas.

Debatte über die Kohlentransportkrise in der preussischen Landesversammlung. — Ehemalige deutsche Soldaten im französischen Heer.

### Urteilsvollzug in München.

München, 19. September. (Eigene Drahtnachricht.) Das gegen vom Münchener Volksgesetz gegen Lehrs der Geiseldramen gefällte Todesurteil ist heute nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr durch ein Kommando der Reichswehr vollzogen worden. Die amtliche Bekanntmachung ist um 1/2 Uhr veröffentlicht worden.

### Auslieferung Lindners.

WTB. München, 19. Sept. Wie die Blätter melden, ist der Major Lindner, der Mitentwürfer auf den früheren Minister Luer, der in Wien verhaftet wurde, den bayrischen Behörden ausgeliefert worden.

### Politische Gefangene entlassen.

WTB. München, 19. Sept. Nach einer Woche bei der hiesigen Polizeidirektion eingekerkerten Nachricht ist aus dem Gefängnis in Eichstätt heute nacht eine Reihe politischer Gefangenen entlassen. Bis auf zwei konnten alle freigegeben werden.

### Annahme der Vertragsauslegung der Entente durch die deutsche Regierung.

Abwehr gegnerischer Unterstellungen und des irreführenden Tones.

Berlin, 19. Sept. Den alliierten Regierungen ist von der deutschen Regierung in Berlin eine Note überreicht worden, in der ausgeführt wird: Die deutsche Regierung teilt die in der Note der Alliierten dargelegte Auffassung, daß die Verfassung nicht vorzuziehen sei, soweit sie mit dem Friedensvertrag im Widerspruch steht. Daher habe sie die von der Entente verlangte Auslegung des Artikels 80 des Friedensvertrages angenommen. Die deutsche Regierung lehne sich aber genügend, zu den Ausführungen der alliierten Regierungen zu bemerken: Sie habe in ihrer Note durchaus die Auffassung vertreten, daß der Artikel 178 der Verfassung unter anderem den Zweck habe, jeden etwaigen Widerspruch zwischen Verfassung und Friedensvertrag auszugleichen. Zu der nicht ohne weiteres klaren Bestimmung des Friedensvertrages gehört auch Artikel 80. Das zeigten die Ausführungen, womit die deutsche Regierung ihre Auslegung des Artikels begründet. Deutschland habe nicht voraussetzen können, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das vom Gegner als einer der Grundpfeiler seiner Friedensbestimmungen bezeichnet worden sei, gerade für Deutschland und Österreich noch mehr bekräftigt werden solle, als der Wortlaut des Artikels 80 erkennen ließ. Außerdem hätten die alliierten Regierungen nicht beanstandet, daß eine Verfassung ein Gesetz sei von zeitlich unbestimmtem Charakter, das die Aufnahme allgemeiner Normen zulasse, aber Anpassungen für Sonderfälle vorbehalten. Die Aufnahme des Artikels 178 sei daher kein Konflikt, sondern eine wohl begründete Maßnahme. Die Schlüssellegung der alliierten Regierungen, daß mit dem Artikel 178 Absatz 2 eine Vertragsverletzung beabsichtigt gewesen sei, beruhe auf einer irrigen Voraussetzung. Die deutsche Regierung weise so wohl diese Unterstellung wie den irreführenden Ton zurück, mit dem die Note feierliche Erklärungen der deutschen Regierung behandle. Die Tatsache der Niederlage Deutschlands gebe dem Gegner nicht das Recht, eine Sprache zu gebrauchen, die Deutschland vor aller Welt verlegen solle.

### Abermalige Erhöhung der Kohlenpreise?

Effen, 19. September. (Eigene Drahtnachricht.) Die Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die Ruhrkohlenwerke hätten beim Reichswirtschaftsministerium eine abermalige Erhöhung der Kohlenpreise um 45 Mark die Tonne und der Holzpreise um 37 bis 60 Mark die Tonne beantragt, wozu zu erwarten ist, daß die Tonne einem Absatz auf dem Markt von Arbeiterwohnanlagen dienen soll, hat im Ruhrgebiet und in anderen Kohlenrevieren Aufsehen hervorgerufen. Gerade in der letzten Zeit veräußerte aus Bergbaukreisen, daß die Kohlen infolge der geringeren Nachfrage im Ruhrgebiet bei den letzten Kohlenpreisen im allgemeinen wieder überflüssig seien. Zudem war in den letzten Bestimmungen der Reichsregierung von Antitrust auf eine neue Preisobergrenze nicht die Rede gewesen. Im Gegenteil. Es ist bis in die neueste Zeit hinein bei dem Standpunkt verblieben worden, daß die Kohlen von sich aus keine neuen Preisobergrenzen zulassen sollen.

### Die oberchlesische Frage.

WTB. Berlin, 19. September. Der 16. Ausschuss der zentralen Landesversammlung beriet gestern die oberchlesische Frage und den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbstverwaltung der Provinzialverbände. Die gestrigen in einem Teil der Reihe erfolgten Mitteilungen über die Gestaltung der Selbstverwaltung in Autonomie an Oberchlesien, Bildung eines Provinzialparlamentes und Bildung eines Landesrates und eines Provinzial-Kollegiums haben in der genannten Kommission Auf-

sehen und Bewunderung erregt. Es wurde festgestellt, daß die Mitteilungen aus dem Reichstag nicht stimmten und zurückzuführen sind auf

Äußerungen des Reichsfinanzministers Eraberger

zu Vertretern der Presse. Ministerpräsident Siegel und Minister Heine nahmen scharf gegen diese Methode, die Presse zu inforrieren, Stellung. Die Siegel im Reichstag nicht und nur aus Versehen zu erklären ist, Preußen vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Alle bezüglichen Fragen seien durchaus noch nicht praeclus.

In der Beratung wurde der in die Form eines Gesetzentwurfes gebrachte Antrag des Zentrums in zweiter Lesung verhandelt. § 1 betreffend die Einsetzung des Provinzialparlamentes in dieser Weise zu werden ganz unmöglich ist. Es wurde daher beschlossen, eine Unterkommission einzusetzen, die eine passende Form finden soll. Diese Unterkommission soll heute über Arbeit befragen.

Bei der Vorlage über die Erweiterung der Selbstverwaltung der Provinzialverbände kam es bei den grundlegenden Paragraphen zu einem

Konflikt zwischen dem Zentrum und den Sozialdemokraten.

Nach § 1 sollen die Provinzialparlamente berechtigt sein, durch Provinzialstatute über die Regelung solcher Fragen der Schulverwaltung zu beschließen, die für die Bevölkerung der einzelnen Provinzen von besonderer Bedeutung sind. Die Sozialdemokraten behaupteten hier einen Falsch, wozu hierzu nur Fragen der Schulverwaltung in Betracht kommen sollten, die von der Landesregierung bestimmt werden. Begründet wurde dieser Antrag von sozialdemokratischer Seite damit, daß nach Fassung der Vorlage die Provinzialparlamente im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung tätig sein in der Ausübung der in den Statuten bestimmten Aufgaben, was viel zu weit ginge. Nachdem dieser Antrag mit dem Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei angenommen worden war, erklärte die Zentrumsvorrede, daß sie in demselben kein Interesse an der Weiterberatung. Desgleichen erklärten die Sozialdemokraten. Es wurde schließlich die Entscheidung der ganzen Versammlung beschlossen und somit der Kernpunkt der ganzen Vorlage ausgeglichen. Die weiteren Kommissionsverhandlungen wurden vorläufig abgebrochen und eine Weiterberatung nicht anberaumt.

WTB. Berlin, 19. September. Die „Deutsche Tages-Ztg.“ konstatiert in der oberchlesischen Frage einen Konflikt zwischen Eraberger und der preussischen Staatsregierung. Von einer solchen Nichtüberstimmtheit kann gar keine Rede sein. Der Reichsminister hat in Besprechungen mit Vertretern der oberchlesischen Presse die Wichtigkeit der Oberchlesien so eingehend und freudig besprochen, wie man erwarten sollte. Am 1. Oktober, die Aufnahme der Oberchlesien in die Reichsregierung einer solchen Selbstverwaltung für Oberchlesien im Rahmen des von der preussischen Regierung vorbereiteten, seinem Wohlstand entsprechenden Gebietes für die Selbstverwaltung der Provinzialverbände erfolgen soll, ist selbstverständlich. Sieberber Vertrag zwischen beiden Regierungen vollständige Übereinstimmung.

### Die Polen beschäftigen sich der Petroleumindustrie

WTB. Warschau, 19. Sept. (Tischschonachrichtes Preßbureau.) Unter dem Namen Polska Rafina hat sich dieser Tage in Warschau eine Gesellschaft gebildet, die die polnische Petroleumindustrie hauptsächlich durch Ankauf aus deutschen und österreichischen Händen, nationalisieren soll. Das Stammkapital beträgt 5 Millionen Kronen. „Goniec Krakowski“ bemerkt dazu, daß in Warschau ein besonderes interministerielles Amt für Rappha-Produktion in Dittaligen errichtet werden soll.

### In polnische Hand

gelangen in letzter Zeit allenthalben in Westpreußen immer mehr deutsche Grundstücke. Besonders umfangreich ist der Verkauf in polnische Hand in Danzig, wo die Polen sofort hohe Preise bieten. Dabei kommt es neuerdings sogar vor, daß ein Grundstück ohne den Willen eines bisherigen Besitzers in polnische Hand gelangt. So wurden kürzlich die Grundstücke Hansplatz 1 und Weststr. 73 von dem bisherigen Besitzer, der wiederholt hohe polnische Kaufangebote abgelehnt hatte, an den deutschen Oberbehändler Franz Hof in Danzig verkauft, der die Grundstücke bald danach an die bekannte polnische Bank Zwiazku Spolecz. Zarobkowym weiterverkauft. Es läßt sich natürlich nicht nachprüfen, ob der erste Käufer Hof von den Polen nur vorgeschoben war. Die lebhaften Bemühungen der Polen, jedes erreichbare Grundstück in Danzig zu kaufen, dürfte zur Genüge bezeugen, wie wichtig die Erhaltung des Grundbesitzes in deutscher Hand ist.

### Ruhe in Köslin und Braunschweig.

WTB. Berlin, 19. Sept. Nach dem „B. P. A.“ herrscht sowohl in Köslin wie in Braunschweig Ruhe.

### Der Haß als Triebfeder der Sozialisierung.

Von Dr. Bernhard Treuenfels, Berlin-Charlottenburg.

Im Gespräch des Londoner „Economist“ vom 9. 9. 19 berichtigt Professor J. B. Mojon an der Hand amtlicher Sovjet-Beröffentlichungen über den Sozialisierungsmechanismus der russischen Sovjetregierung und führt bei dieser Gelegenheit einige offene Worte aus dem Munde von Sovjetgrößen an. „Die Sozialisierung ist“, wie der Volksbeauftragte Klotz auf dem Kongreß der Sovjets der Volkswirtschaft erklärte, „unabhängig von den Fragen der Versorgung und von wirtschaftlichen Erwägungen ins Werk gesetzt worden, es war dabei auf einen direkten Kampf mit der Bourgeoisie abgesehen.“ Der Volksbeauftragte Milutin sagt: „Die Sozialisierung trug den Charakter einer Bestrafung.“

Über die Sozialisierung ist auch gegen den Willen der Arbeiter ins Werk gesetzt worden. Ein Mitglied des höchsten Volkswirtschaftsrates, Goltzsch, sagt: „Ich muß sagen, wenn man von Bourgeoisie-Sabotage spricht. Wir haben eine nationale, eine Volks- und eine Arbeiter-Sabotage. Wir haben auf richtigen Widerstand bei den Arbeitermassen, wenn wir zu normalisieren anfangen.“ — Fjajew schließt seine Ausführungen, die außerordentlich lehrreich sind, mit den Worten: „Es ist ganz natürlich, daß die Volkswirtschaft, indem sie die ganze Wirtschaftsmaschinerie des Landes in Händen halten, die Arbeitermassen in Unterwürftigkeit halten. Daher ist die Sozialisierung, wie sie in Sovjetrußland durchgeführt ist, ein rein politischer Akt. Von wirtschaftlichem Standpunkt aus hat sie sich als völliger Fehlschlag erwiesen und hat nicht zu der Emancipation der Arbeiterklasse, sondern zu der Verflämung und zu der Unterordnung der Freiheit des Einzelnen geführt.“

In letzter Zeit veröffentlicht Herr Nikolaus Oterroth, Mitglied der Nationalversammlung, in der Heinen sozialdemokratischen Presse Sammelartikel gegen die Braunkohlenindustrie und den Kohlenhandel zur Begründung der Notwendigkeit einer sofortigen Sozialisierung des Braunkohlen-Bergbaus und Kohlenhandels. Die meisten der von ihm angeführten Zahlen sind falsch und wenn er vereinzelt richtige Zahlen gibt, sind die Schlüsse falsch, die er daraus zieht. Herr Oterroth unterschätzt seine schweren Artillerie mit „Mangel an statistischen Unterlagen“ oder mit „Fälschungsfehlern“. Er gibt sich nicht die Mühe, den Gegenstand, den er behandelt, an Ort und Stelle zu studieren und die Richtigkeit seiner Schlüsse auf den Gruben selbst nachzuprüfen, er sitzt in seiner Studierstube und gleicht dem Vater, der seine Kinder in Lebensgefahr bringt, dadurch, daß er sie nach dem Komparationsverföhen behandelt, in dem unglücklichweise ein Druckerstein in der Forderung des dort anenebenden Heilmittels enthalten ist, anstatt einen Arzt hinzuzuziehen. Daraus, daß von den sachverständigen Kreisen nicht jede tendenziöse Angabe seiner Auffassung widerlegt worden ist, schließt Herr Oterroth, daß ihre Richtigkeit von den Kritikern stillschweigend zugegeben wird; auch dieser Schluß ist falsch. Es ist ihm schon bedeutet worden, daß sich überhaupt kein Mensch mit der Korrektur seiner Schularbeiten befassen würde, wenn er seinem Namen nicht den Zusatz „Mitglied der Nationalversammlung“ hinzulagte. Eine Überlegung jedes einzelnen Punktes erweist sich als überflüssig, wenn bereits ein halbes Dutzend grundlegender Fehler nachgewiesen ist.

Da er aber immer wieder darauf zurückkommt, daß der Preis für mittelweiche Rohbraunkohle (denn diese allein kommt doch für die deutsche Kalkindustrie noch in Frage) von 1.10 Mt. der Doppelzentner im vierten Quartal 1918 auf 2,23 Mt. am 1. April 1919 gestiegen ist, so sei ihm gesagt, was jeder Verding aus der Kohlendramme weiß, nämlich, daß der Verkaufspreis für mittelweiche Rohbraunkohle einschließlich Kohlen- und Umkehrsteuer ab Grube im letzten Vierteljahr 1918 0,94 Mt., am 1. Januar 1919 1,34 Mt. und am 1. April 1919 ebenfalls noch 1,34 Mt. betragen hat. Die entsprechenden Zahlen für sortierte Knodenskohle waren 1,06 Mt. und 1,46 Mt. Für die Niederwalde sind die entsprechenden Preise: Für Röhrenkohlen 0,845 Mt. und 1,20 Mt. und für Siebkohlen 0,905 Mt. und 1,32 Mt. Herrn Oterroths Zahlen sind falsch, falsch ist auch sein fittisches Pathos, daß er mit seiner gefühlerhaften Sozialpolitik, Handel und überhaupt gegen alle, die nicht mit ihm aus einer Schüssel essen.

Russisch ist aber auch die Frage, unter der Herr Ostroth in die deutsche Nationalversammlung eingezogen ist. Seine Gesandtschaften liegen nach Form und Inhalt nicht auf dem Boden der heutigen sozialdemokratischen Mehrheitspartei, wenn auch der Verfasser das Mitgliedbuch dieser Partei in der Tasche trägt. Aus meinen Notizen im Eingange meiner Ausführungen geht klar hervor, daß Herr Nikolaus Ostroth in Taktik und Darstellungsweise ein russischer Volkswelt ist und zwar einer von 1917, nicht von denen aus dem Jahre 1919, die aus traurigen Erfahrungen schon viel gelernt haben.

Auch bei ihm ist es bei der Sozialisierung nur auf einen direkten Kampf mit der Bourgeoisie und mit den Kapitalgebern abgesehen, für ihn trägt die Sozialisierung den Charakter der Befreiung. Seine Triebfeder ist der Foh, die Sozialisierung ist für ihn eine politische Maßnahme, keine wirtschaftliche, die zum Wiederaufbau und zur Gesundung des Landes führen soll.

### Entschädigungsgesetz für die Kolonialdeutschen.

WTB. Berlin, 19. Sept. Im Reichskolonialministerium am 19. September eine Sitzung statt, in der unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Hell die endgültige Fassung des Entwurfs eines Entschädigungsgesetzes für die Kolonialdeutschen mit den beteiligten Ministern besprochen wurde. Der Entwurf wird nunmehr den beteiligten Reichspräsidenten unterbreitet.

### Folgen schweres Uebungschießen.

Köln, 19. Sept. (Priv.-Tel.) Beim Uebungschießen der englischen Besatzungstruppen in Wermelskirchen bei Remscheid ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Eine Mine explodierte beim Verlassen des Rohres, wobei drei Soldaten getötet und etwa 12 schwer verwundet wurden. Von letzteren sind noch vier gestorben. Das Unglück hat also bis jetzt sieben Menschenopfer gefordert.

### Deutsche Franzosen.

Paris, 19. Sept. (Priv.-Tel.) Unter den bisherigen Hauptkern der französischen Armee befinden sich 21.000 junge Leute aus Elsaß-Lothringen. Von diesen haben die meisten bereits in der deutschen Armee gedient. Viele von ihnen können nicht französisch sprechen. Es werden deshalb unter dem Kommando deutschsprechender Offiziere genommen, bis sie die französische Sprache erlernt haben.

### Vom Metallarbeiterstreik in Berlin.

WTB. Berlin, 19. Sept. (Priv.-Tel.) hat sich die Zahl der Streikenden in der Berliner Maschinenbauindustrie um 2000 bei der U. C. vermehrt. Bei den übrigen Firmen ist die Zahl der Streikenden teilweise etwas zurückgegangen.

### Wieder eine ungarische Schreckensherrschaft.

Wien, 19. September. (Eigene Drahtnachricht.) Der gefürchtete Despoten Despot hat an die ungarischen Kammerkassierer, Beamten, Beamten, Engländer und Belgier ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: Die politische Lage in Ungarn macht es mir zur Pflicht, den Proletariat der Welt mitzuteilen, welche Schreckensherrschaft in Ungarn herrscht. Mehr als 50.000 ungarische Arbeiter sind verhaftet. In den Gefängnissen verhungern. Hunderte werden täglich erschossen oder erhängt. Aus der Donau werden täglich die Leichen Ermordeter geborgen. Das ungarische Proletariat verlangt die kühnste Hilfe des Proletariats in den Entsetztenländern.

### Anerkennung des Kabinetts Feledich.

Wien, 19. September. (Eigene Drahtnachricht.) Es vermutet, daß die Entente in den nächsten Tagen die ungarische Regierung anerkennen wird. Delegierte nach Paris zu entsenden, um die Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Mit dieser Anerkennung hat die Entente die Regierung Feledich anerkannt.

### Wieder deutsch-deutsche Annäherung?

WTB. Prag, 19. Sept. Anfang Oktober wird sich eine Kommission aus Vertretern des Handelsministeriums nach Berlin begeben, um über die Währungs- und Retorsionsmaßnahmen und die Erleichterung der Einfuhrbedingungen zu verhandeln. Von deutscher Seite werden beispielsweise der Einfuhr von Glas und Porzellan, von tschechisch-slowakischer Seite der Einfuhr von Porzellan Erleichterungen der Papier- und Druckindustrie Schwierigkeiten bereitet.

### Losung - Bullitt.

Saa, 19. September. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Washington wird gemeldet: Bullitt hat erklärt, daß die Behauptung, er habe die Massenpolitik als Prinzip bezeichnet, nicht zutrifft. Er habe keinerlei Erklärung abgegeben, weder im öffentlichen noch im unpolitischen Sinne.

### Die erste Sendung amerikanisches Petroleum.

WTB. Berlin, 19. Sept. Nach der „Post“ ist mit dem Landmann „Senator“ das erste amerikanische Petroleum nach dem Krieg, und zwar eine Menge von 1500 Tonnen, aus Rotterdam im Hamburger Hafen eingetroffen.

### Lloyd George über den Völkerbund.

WTB. London, 19. Sept. Lloyd George hat in einem Interview mit dem „Daily Mail“ über den Völkerbund gesprochen. Er hat erklärt, daß der Völkerbund ein notwendiges Übel ist, um die Welt zu retten. Er hat auch erklärt, daß der Völkerbund ein notwendiges Übel ist, um die Welt zu retten. Er hat auch erklärt, daß der Völkerbund ein notwendiges Übel ist, um die Welt zu retten.

bedenken, daß der Völkerbund ein notwendiges Übel ist. Er hat auch erklärt, daß der Völkerbund ein notwendiges Übel ist, um die Welt zu retten. Er hat auch erklärt, daß der Völkerbund ein notwendiges Übel ist, um die Welt zu retten.

### Grey fährt nach Washington.

WTB. London, 19. Sept. (Drahtnachricht.) Der „Telegraph“ meldet aus London, daß Grey am Sonnabend auf der „Mauretania“ nach Washington fahren wird.

### Abzug der britischen Truppen aus dem Kaukasus.

WTB. Moskau, 19. Sept. (Drahtnachricht.) Das „Treffbureau Kavio“ meldet, daß die britischen Truppen den Kaukasus räumen.

### Der Hungertod über Mitteleuropa.

Verfall, 18. Sept. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Morgenthau, der 2 Monate in Polen zurückgeblieben ist, erklärte einem Redakteur des „Nation“, alle kleinen Völker in Mitteleuropa, die jetzt selbstständig geworden seien, befänden sich in verwerflichem Zustand. Hunderttausende von Menschen hätten Hunger und seien nur halb belebt. Wenn der Winter komme, würden sie zu Tausenden sterben. Auch Polen entginge dem Unglück nicht. Es liege ungefähr 300.000 Mann Soldaten zu unterhalten und sich auf den Boden der Fronten zu lagern. Jede politische Stadt habe ein Heer von Arbeitslosen, die verhungert seien. Was er in Polen gesehen habe, habe er auch in Böhmen und Serbien gesehen. Wenn die Welt nicht einschreite, dann würden diese Völker sterben, kurz nachdem sie geboren wurden. Auch über Deutschland sprach Morgenthau sich aus. Er habe gefunden, daß die deutschen Fabriken infakt und nur auf dem Papier keine Kriegsmaschinen mehr seien. Deutschland sei ein Land, das nur darauf warte, sich auf Europa zu stürzen. Polen sei wie eine Barrikade zwischen Deutschland und Rußland. Aber Deutschland glaube aber über dieselben postieren zu können. Morgenthau rühmte die Lobliebe des Völkerbundes an, der allein in der Lage sei, Polen, Rumänien, Griechenland, Serbien und die Tschechoslowakei zu helfen. Der Völkerbund allein könne Deutschland in Schach halten und ihm den Weg nach Osten wie nach Westen verschließen. Die Welt mache jetzt vielleicht die größte Krise der Geschichte durch. Wenn Amerika, dessen Kräfte noch frei und unberührt geblieben seien, nicht nun in der wirtschaftlichen, finanziellen und moralischen Wiederherstellung Europas mitarbeite, dann vermag das keine Hilfe zu sein.

### Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 19. Sept. (St. Sitzung.) Am Ministerklub: Stegeward, Defer.

Präsident Reiner eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Angenommen wird eine Reihe von Urentwürfen zum Haushalt des Ministeriums des Innern, unter anderem auf Entschädigung der durch Unruhen Geschädigten, auf Verhütung der Jugendvergiftung durch unästhetische Schriften und Aufhebung der Bekämpfung des öffentlichen Glücksspiels.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preussischen Eisenbahnen. Der Entwurf ermächtigt die Regierung, zu den jetzigen Frachttarifen einen Zuschlag bis zu 50 Prozent zu erheben. Der Zuschlag tritt zwei Jahre nach dem Friedensschlusse mit der letzten feindlichen europäischen Grobmacht außer Kraft. Abg. Dr. Frenzel (Dem.) kritisiert die Vorlage. Die Bahnen müssen mindestens das bedeuten, was sie kosten. Abg. Schmieding (Siz.) behauptet, daß der Tarif nun schon in kurzer Zeit

werden müsse.

Abg. Bräuner (Siz.) ist ebenfalls für die Vorlage.

Abg. Seemann (Dn.) hält die Erhebung der Zuschläge für erforderlich, betont aber, daß die Ausgaben für Arbeitslöhne aus der Eisenbahn eingebracht werden müßten.

Abg. Paul Hoffmann (U. S.): Auch meine Freunde müssen nach Lage der Sache dem Entwurf zustimmen. Von einer Erhöhung der Frachttarife ist keine Rede zu sein. Die Unternehmer haben sich verpflichtet, daß die Kohlen auf dem Wasserwege zur Verfügung kommen. Auch die Regierung trifft die Vorlage. 300.000 Tonnen sind dadurch monatlich dem Verbrauch entzogen worden. Es muß eine wirtschaftliche Sozialisierung der Kohlengruben und des Transportwesens eintreten.

Minister Defer: Auch mit dieser Vorlage machen wir kein Geschäft. Wir bedenken nur einen Teil des Preisbetrages wieder an die vierter Klasse werden fünfzig nicht mehr für Arbeiter, sondern allgemein ausgeben werden. Die oberirdischen Kohlen konnten nicht mit Kahn verladen werden, da der Reichskolonialminister die Bahnförderung bekommen hätte. Die Arbeitergehälter werden aber fünfzig durch Kahn abgeholt werden. Die Unzufriedenheit unseres Personal muß wiederhergestellt werden. Ungetreue Arbeiter und Beamte gehören nicht in einen anständigen Betrieb. Die Betriebsräte werden uns gewiß helfen, solche Elemente auszuschalten. Alle unzulässigen Arbeiter kann ich nicht pöbelhaft auf die Straße setzen. Ich lüge für Sie erst nach anderen Arbeitsmöglichkeiten und habe Gewähr, Sie bald zu finden. Leute, die in ihrer Stelle nicht arbeiten wollen, werden entlassen.

Abg. Garmisch (D. S.): Die Unabhängigen tragen mit den ewigen Streiks zu denen Sie aufrufen, nicht wenig zu der Kohlennot bei.

Auch wir können uns der Notwendigkeit der Tarifherabsetzung nicht verschließen. Aber es werden sich andere Maßnahmen in Betracht kommen müssen, um das Ziel der Vorlage zu erreichen. Die Vorlage bedarf gründlicher Vorbereitung im Haushaltsausschuß.

Abg. Hoffmann (Siz.): Der Kohlenmangel ist allerdings eine Folgeerscheinung der Revolution und der Streiks. Die Rede Paul Hoffmanns war von wahnwitzigem Unsinne durchsetzt. Die Bekämpfung auf dem Wasserwege liegt ja

gerade im privatantarktischen Interesse, denn die Transportkosten der Wasserwege sind weit höher als die der Eisenbahnen.

Abg. Reibig (D. S.): Sollen sich entschließen sich die Bergarbeiter, angesichts der nationalen Gefahr wieder länger als fünfzig Stunden zu arbeiten.

Abg. Dr. Heule (Siz.): Will man die Kohlenherzeugung weiter steigern, dann gebe man vor allem dem Bergarbeiter selbst einen gewissen Gewinnanteil. Der Entwurf geht an den Haushaltsausschuß.

### zweite Beratung des Staatshaushalts

wird beim Ministerium für Volkswohlfahrt fortgesetzt. Abg. Dr. Brönigk (Dn.): Der Minister muß unbedingt durch Gesetze in schöpferischer Weise gewissermaßen als Wohlfahrtsminister vorgehen. Die Wohlfahrtsminister der christlichen Kirchen beider Bekenntnisse darf er nicht unterbinden.

Abg. Dr. Mehl (U. S.): Die konfessionellen Organisationen haben verkehrt wenig Ergriffenheit gezeigt in der Beseitigung der Wohnungsnot. Verbunden werden auch wir nicht ausschalten. Die Volksgesundheit ist zusammengebrochen. Das Familienleben ist durch den Kapitalismus ruiniert worden. Die Bekämpfung der Tuberkulose muß veranlaßt werden. Die Wohnungsbeschaffung wird in völlig unzureichender Weise gehandhabt. Vom Hause erwarten wir die Annahme unseres Antrages, daß die Regierung beim Reich die Errichtung eines Gesundheitsministeriums anregt.

Unterstaatssekretär Schmidt: Die Wohnungsnot ist erheblich, denn trotz des Bevölkerungsrückganges hat die Zahl der Haushaltungen zugenommen. Die Errichtung von Wohnungen würde jährlich mindestens 7 1/2 Milliarden kosten. Für die Wohnungsbedürfnisse der Bergarbeiter werden von an erster Stelle sorgen müssen, dann für die Hinzugehenden aus den besetzten Gebieten, an dritter Stelle für die Landarbeiter.

Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung; vorher Anfragen, nachher Bauernversammlung. Schluß 6 Uhr.

### Eine Stadtverordnetenversammlung gesprengt.

Stettin, 19. Sept. Die Stadtverordnetenversammlung wurde am Donnerstag von dem anwesenden Magistratsbeamten gesprengt. Diese Besetzung der Tribünen des Sitzungssaals und Fortsetzen von dort mündlichen Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister wegen ihrer Gehaltsforderungen. Dabei entstanden beratende Kundgebungen, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte.

### Der württembergische Landeskommandant.

WTB. Berlin, 19. Sept. Nach der „Post“ wurde der Kommandant der württembergischen Reichswehrbrigade 13, Generalmajor a. D. a. a. s., zum Landeskommandanten für Württemberg ernannt.

### Kein Verkehrs-Kommissariat Düsseldorf.

WTB. Berlin, 19. Sept. Die Einrichtung des Verkehrs-Kommissariats Düsseldorf ist nach der „Post“ an dem Widerstand der Entente gescheitert. Anlässlich der Besetzung der Eisenbahnstationen in Düsseldorf, der mit dem belgischen Kommandanten wegen der Angelegenheit verhandelt worden, ist gar nicht empfohlen worden. Der Befehl ließ ihm in brüster Form jagen, die Entente werde den Zeitpunkt, wo sie Verhandlungen in dieser Sache wünsche, selbst bestimmen.

### Dreifacher Raubmörder.

WTB. Leipzig, 19. Sept. Das Reichsgericht verurteilt heute die Revision des Gärtners J. Ulrich Krings, der von Schumacher München-Gleibach am 2. Juli d. J. wegen dreifachen Raubmordes dreimal zum Tode verurteilt worden ist. Krings hat im Dezember 1916 drei Geiselschützen ermordet und ihnen Geld im Betrage von mehr als 77.000 Mark geraubt.

### Deutsches Reich.

#### Keine polnischen Besatzungstruppen.

Paris, 19. September. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die Times aus Paris melden, hat der Rat der Alliierten Beschlüsse gefasst und der westeuropäischen Räte nicht die Polen zu stellen.

### Halle und Umgegend.

#### Gründung eines Ortsausschusses für freie Nahrungsmittelwirtschaft.

Im Hand-Isammergebäude fand am gestrigen Freitag die Gründung eines Ortsausschusses für freie Nahrungsmittelwirtschaft statt. Vertreter waren die Vorstände verschiedener in Halle ansässiger Berufsorganisationen der Nahrungsmittelwirtschaft und Vertreter der Hand-Isammergebäude, Handwerkerkammer und sonstiger interessierter Firmen. Die Verhandlungen wurden vom Stadtdirektor Mandelstam geleitet, der in kurzen Worten die Bedeutung und das Ziel des Ortsausschusses bekannt gab. Es wurde in der Aussprache von den Rednern betont, daß ein fester Zusammenschluß aller Branchen und Berufe erforderlich sei, um der drohenden Sozialisierung und Kommunalisierung wirksam entgegenzutreten zu können. Ferner wurde beschlossen, sofort in eine Kommission für den freien Handel einzutreten, indem Aufforderung unter der Bürgerpflicht und vor allem bei den Frauen verbreitet werden soll. Demnach wird auch zu diesem Zwecke eine große öffentliche Versammlung stattfinden. Sodann wurde einmütig beschlossen, einen Ortsausschuß für die freie Nahrungsmittelwirtschaft in Halle zu gründen, der sich unmittelbar in Berlin von der Reichsorganisation für freie Nahrungsmittelwirtschaft geschaffenen Hauptausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft anschließen wird. In den Vorstand wurde gewählt als Vorsitzender H. C. Renemann in Firma Th. Franz & Co., ferner als Schriftführer Herr Kurt Jahn, Bildhauerstraße 8, als Kassierer Bankier Schwarz in Firma E. Schönlank & Co.



